



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/202 - 7. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Unappetitlich!</u>	44
	CSU-Appell an niedrigste Instinkte	
2 - 3	<u>Aufschlussreiche Zahlen</u>	74
	Analyse der Steueraufkommen bestätigt SPD-Regierungsprogramm	
	Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	
4	<u>Solidarität mit Berlin!</u>	31
	Probefall unzerreißbarer Verbundenheit	
4	<u>Schauschlägerei</u>	22
	Erhard und die Riesengewinne in der Wirtschaft	
5	<u>Frankreich vor neuen Prüfungen</u>	46
	Böses Erwachen nach der Pressekonferenz des Staatspräsidenten? Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
6	<u>"Kanzlerdämmerung in Bonn"</u>	35
	CDU-Fronde wider Adenauer	

* * * *

Unappetitlich!

CSU-Appell an niedrigste Instinkte

sp - Ein grosses CSU-Inserat entlarvt den Seelenschlamm der niedrigsten Instinkte, die jetzt wenige Tage vor der Wahl im Sumpf der Gewissenlosigkeit brodeln. Dort heisst es: "Wer jetzt 'vorne' und 'vorwärts' ruft, muss wissen, was das bedeutet. Das wäre der Krieg."

Weniger Empörung, als vielmehr tiefe Scham erfüllt uns, wenn wir daran denken, wozu gewisse Leute im Führungsstab der CSU sich hergeben und - im Auftrag der Führung - erniedrigen lassen. Denn trotz allem: auch sie sind ein Teil unseres Volkes.

Zuerst hat man in diesen Kreisen gesagt, der anschwellende Flüchtlingsstrom aus dem Osten sei ein Zeichen der Schwäche Barkows. Politisch wurde dieser Entwicklung nichts entgegengesetzt.

Der 13. August, die brutale Abschneidung des Ostsektors vom westlichen Teil Berlins, stürzte unser Volk in die Erkenntnis, dass nur noch das Zusammenstehen aller demokratischer Kräfte, eine gewaltige Anstrengung zur Sicherung der moralischen Substanz des freien Teiles Deutschlands, den Weg finden lassen werden, der - vielleicht! - zur Entkämpfung der Ost-West-Spannung führen könnte.

Während "Volkspolizisten" Flüchtlinge erschossen, sprach Adenauer in Hagen und Gelsenkirchen den unappetitlichen Satz, Chruschtschow habe die neue Berlin-Krise nur ausgelöst, um den Sozialdemokraten im Wahlkampf zu helfen. Die später erfolgte "Abschwächung", Adenauer meine nicht, die Sozialdemokraten hätten sich diese Hilfe bestellt, öffnete nur noch mehr den Abgrund des Zynismus.

U n a p p e t i t l i c h sagen wir deswegen, weil durch den antierenden Bundeskanzler Adenauer Chruschtschow und Ulbricht in den Wahlkampf mit äusserster Lautstärke eingeführt wurden.

Jetzt wird das schreckliche Wort "Krieg" durch die Lande gejagt. Diese Tatsache beweist, dass der Führungsstab der Christlich-Sozialen Partei, die gewaltig zu den Bonner Ministersesseln drängt, nichts infam genug ist, um es nicht gegen die Sozialdemokratie auszuspielen.

Wie muss es im Inneren der hierfür Verantwortlichen aussehen!?

Kalt und berechnend peitschen sie mit gefährlichen Schlagworten unser Volk auf. Sie treiben bewusst den Keil der Zwietracht in die Herzen der Menschen, die nichts sehnlicher wünschen als den inneren und äusseren Frieden.

Die Deutsche Sozialdemokratie bleibt dabei: Unser Volk hat ein besseres Schicksal verdient, als in seiner Würde von gewissenlosen Hetzern verletzt und erniedrigt zu werden.

Aufschlussreiche Zahlen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1961 haben die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder 31,37 Milliarden DM betragen. Davon haben der Bund 19,81 und die Länder 11,56 Milliarden DM kassiert. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist das Steueraufkommen um 5 Milliarden DM gestiegen. Die Zunahme beträgt 19 vH, oder fast 1/5 des Vorjahresaufkommens. Die letzte amtliche Schätzung, die im März dieses Jahres vorgenommen wurde, erwartete gegenüber 1960 ein Mehraufkommen von 16 vH. Hierbei war eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von 9 vH angenommen. Tatsächlich ist aber das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr um 13 vH gestiegen. Dieser Umstand dürfte auch die Ursache dafür sein, dass das Steueraufkommen die Schätzungen um 3 vH überstieg.

Von den 5 Milliarden DM Mehraufkommen des 1. Halbjahres flossen 2,7 Milliarden DM in die Bundeskasse und 2,3 Milliarden in die Kassen der Länder. Der Einnahmезuwachs beim Bund betrug daher 15,7, bei den Ländern sogar 24,9 vH.

Bemerkenswert ist der verschieden hohe Anteil der einzelnen Steuerarten am Gesamtaufkommen. Mehr als 9/10 der gesamten Steuereinnahmen des 1. Halbjahres entfielen auf wenige grosse Steuern. Diese aufkommensstärksten Steuerquellen:

Steuern von Einkommen,
Umsatzsteuer mit Umsatzausgleichsteuer,
Zölle,
Mineralölsteuer,
Tabaksteuer,
Vermögensteuer und Kraftfahrzeugsteuer

erbrachten in 1. Halbjahr zusammen allein 92 vH des Gesamtaufkommens. Zum Vergleich 1955: 88 vH, 1952: 87 vH. Der Anteil dieser grossen Steuern stieg nicht nur regelässig, sondern auch mit einer gewissen Progressivität. Die von Jahr zu Jahr steigende Konzentration des Steueraufkommens auf wenige grosse Steuerquellen beweist wieder einmal die Richtigkeit des SPD-Regierungsprogramms, das uns den Wegfall der sog. Bagatelsteuern vorsieht. Auch die Ablehnung des SPD-Antrages auf stufenweise Abschaffung der Kaffee- und Teesteuer entbehrt sich als wahltaktisches Manöver der CDU.

Die Konzentration des Steueraufkommens auf die grossen Steuern hat sich in diesem Jahr verstärkt. Von den genannten 5 Milliarden Mehreinnahmen gegenüber 1960 entfallen 96 vH auf die Großsteuern. -3-

Hierbei nehmen die Steuern vom Einkommen eine Sonderstellung ein. Sie erbrachten allein 3,1 Milliarden DM mehr als 1960, das sind mehr als 3/5 der gesamten Steuermehreinnahmen. Während die reinen Bundessteuern um 12,1 vH und die Ländersteuern um 13,4 vH anstiegen, schwoll die ertragreiche Einkommen- und Körperschaftsteuer im gleichen Zeitraum um 28,4 vH an. Besonders aufschlussreich ist die Tatsache, dass die Lohnsteuer mit 32,7 vH am stärksten zu der Steigerung beigetragen hat. Das Mehraufkommen beruht also in wesentlichen auf ein ungewöhnliches Anstiegen der Steuern vom Einkommen. Während die Zunahme des gesamten Steueraufkommens nur 1-2 vH über dem Wachstum des Bruttosozialprodukts liegt, übersteigt das Lohnsteuermehraufkommen die Zunahme des Bruttosozialprodukts um ein Vielfaches.

Diese Entwicklung kann nicht allein mit den Gehalts- und Lohnaufbesserungen der letzten Zeit erklärt werden. Es zeigt sich vielmehr die Unzulänglichkeit des Einkommenstarifs. Die meisten Steuerpflichtigen, die bei den letzten sog. Reformen aus der Steuerpflicht entlassen wurden, sind inzwischen längst wieder in den Tarif hineingewachsen. Eine andere, nicht geringe Zahl der gehobenen Lohn- und Gehaltsempfänger ist daneben in die Zange der Progression geraten. Diese wenig mittelstandsfreundliche Tatsache der Steuerpolitik der Bundesregierung wird von der CDU schamhaft verschwiegen.

Über die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes und der Länder äusserte sich der Bundesfinanzminister sehr zurückhaltend. Er rechnet mit einer merklichen Abnahme der Steigerungsquote für das 2. Halbjahr. Begründet wird diese Prognose mit der nach der DM-Aufwertung eingetretenen Konjunkturberuhigung. In diesem Punkt sind allerdings die meisten der nichtamtlichen Experten anderer Meinung, die für die 2. Jahreshälfte ein Anhalten der Hochkonjunktur und ähnlich hohe Steuereinnahmen voraussagen. Die inzwischen von der Finanzstatistik veröffentlichten Aufkommenszahlen für Juli bestätigt diese Auffassung. Die Aufkommenszahlen für Juli liegen nämlich wiederum um rd. 20 vH über dem Vorjahr, im Vormonat betrug der Zuwachs nur 19 vH. Es ist also wieder ein Ansteigen zu beobachten. Auch andere Anzeichen berechtigen zu der Annahme, dass die Schätzungen des Bundesfinanzministers zu niedrig sind und dass der Einnahmeansatz des Bundeshaushaltsplans um eine runde Milliarde DM überschritten werden wird.

Solidarität mit Berlin!

sp - Jeder junge Mensch, der für einige Zeit Westberlin zum Studienort oder zum Arbeitsplatz wählt, stärkt die Verbundenheit zwischen der Bundesrepublik und den bedrängten Westberlinern. Jeder nach Berlin vergebene Auftrag westdeutscher Firmen ist ein Schlag gegen die Hoffnung Ulbrichts, Westberlin wirtschaftlich und finanziell austrocknen zu können. Jede in Berlin von führenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen abgehaltene Tagung stärkt die Zusammengehörigkeit, gibt Schwankenden Mut und den Mutigen neue Kraft. Jeder Angestellte und Beamte, der im Austauschverfahren für einige Zeit in Westberlin arbeitet, ist sichtbarer Beweis für das Gefühl der Verbundenheit, das zu zerstören eines der Hauptziele der Machthaber von Ostberlin ist.

Auf mannigfache Weise kann jeder, sofern er nur will, dem bedrohten Berlin beistehen. Dazu bedarf es keiner grossen Worte und politischer Aktionen, deren Wirkungskreis ohnehin enge Grenzen gesetzt sind. Zwar hat Ulbrichts Gewaltaktion Gesamtberlin die Funktion eines Brückenschlages zwischen den beiden Teilen Deutschlands genommen, aber umso wichtiger ist nun die Bedeutung Westberlins als Mahner und Wächter für die Wiedervereinigung. Sie wächst von Woche zu Woche, von Monat zu Monat. Moskau und seine sich auch Deutsche nennende Ableger möchten Berlin aus dem gesamtdeutschen Bewusstsein auslöschen. Das darf um der Ehre und Würde unserer Nation willen nicht eintreten. Dieser Anschlag richtet sich gegen die moralische und politische Integrität unseres Volkes, dem damit wohl die schwerste Prüfung in der Nachkriegsgeschichte auferlegt wurde.

Für unsere Verbündeten mag Westberlin ein Prestigefall sein, in dem sich Standfestigkeit und Bündnistreue zu bewähren haben. Für uns Deutsche gilt Westberlin noch viel mehr; es ist der Ort, an dem unser aller Schicksal mit entschieden wird und wo uns der Beweis zu führen obliegt, dass keine äussere Gewalt und Drohung die Bande der inneren Zugehörigkeit zu reiessen vermögen.

Westberlin hat das Recht auf Solidarität und wir die Pflicht, sie in denkbar grösstem Umfang zu üben.

+ + +

Schaumschlägerei

sp - Unser Bundeswirtschaftsminister Erhard, Wahlmatador der CDU und auf dem Papier designierter Thronfolger des Bundeskanzlers, zieht in seinen Wahlversammlungen mächtig zu Felde gegen die Interessentenverbände, in erster Linie gegen die Gewerkschaften, denen er es verübelt, dass sie Arbeitszeitverkürzungen und Lohn- und Gehaltsforderungen anstreben. Und um sich den Anschein der Unparteilichkeit zu geben, bezieht er gelegentlich auch die Unternahmervverbände ein, "deren Gewinnvorstellungen sich in ähnlichen Grössenordnungen (wie die der Gewerkschaften, Anmerkung der Redaktion) bewegen". Hier irrt Herr Erhard. Wo gibt es im Vergleich zu 1950 heute eine zehnfache Lohn- und Gehaltserhöhung, ganz im Unterschied zu den Gewinnen der Grossunternehmen, die oft - wiederum im Vergleich zu 1950 - das Zehnfache und mehr betragen? Ist dem Bundeswirtschaftsminister entgangen, dass, laut statistischem Handbuch, 60 Prozent aller Arbeitnehmerfamilien über ein Einkommen von weniger als 600 DM monatlich verfügen? Wenn es dem Gummilöwen aus Bonn ernst wäre um die Beschneidung der Riesengewinne, warum stellt er sich dann nicht hinter den Satz des sozialdemokratischen Regierungsprogramms, der eine stärkere steuerliche Erfassung der Einkommen von über 100 000 DM jährlich vorsieht?

Von Erhard ist solches Bekenntnis nicht zu erwarten. Er bleibt ein Mann der starken Worte und der schwachen Taten. Die Wirtschaft bestimmen mächtigere Kräfte als der dafür zuständige Wirtschaftsminister.

+ + +

Frankreich vor neuen Prüfungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Unnachgiebigkeit in Berlin und Biserta einerseits, plötzliche Erfüllung der algerischen Sahara-Forderung andererseits: diese scheinbaren Widersprüche in den letzten Erklärungen General de Gaulles erregen und beunruhigen die französische Öffentlichkeit. Sind Berlin und Biserta Ablenkungs- oder Kristallisationspunkte für den unvermeidlich gewordenen Rückzug Frankreichs aus Algerien? Ist die Ost-West-Spannung Ursache oder willkommenen Anlass für die beschleunigte Liquidation der algerischen Hypothek? Wie dem auch sei, man hat in Paris das Gefühl, dass die letzte Phase nun wirklich begonnen hat und dass politische Umwälzungen bevorstehen.

Nach Verkündung des algerischen Selbstbestimmungsrechtes, Anerkennung der FLN als Verhandlungspartner und Ankündigung einer algerischen Republik hat de Gaulle jetzt einen neuen Schritt gemacht und die letzte Forderung der FLN erfüllt, an der die Verhandlungen in Evian und Lugren scheiterten. Auch die Sahara soll nicht mehr französischer, sondern algerischer Souveränität unterstehen. Warum wurde diese vorher am Gerfer See verweigerte Konzession jetzt auf einer Pressekonferenz gemacht? Warum bewilligt man Ben Khedda, dem als linkeradikler hingestellten neuen FLN-Chef das, was man vorher dem reformistischen Ferhat Abbas vorenthielt? Warum will man Algerien räumen und den tunesischen Stützpunkt behalten? Diese Fragen stellt man sich in ganz Frankreich.

Im Lande wachsen Unruhe und Unbehagen. Man nähert sich dem kritischen Punkt, den man jahrelang hinauszuschieben versuchte. General de Gaulle hat auf seiner Pressekonferenz die Frage, ob die April-Krise der französischen Armee überwunden ist, unbeantwortet gelassen. Wer den Mechanismus der französischen Entwicklung kennt, weiß, dass mit der letzten Algerien-Perspektive ein neuer Futsch-Versuch in greifbare Nähe rückt, wahrscheinlich wichtiger und verzweifelter als die vorhergehenden Komplotte.

Die zunehmende Verlegung französischer Truppen von Algerien nach Ostfrankreich und nach Biserta, die Ernennung von General Massu in Metz, der Strom französischer Heimkehrer aus Algerien in das Mutterland sind die eine Seite der beschleunigten Umstellung. Die andere Seite besteht in der zunehmenden Sabotagetätigkeit der OAF, im offenen Aufbruch der Europäer in Oran, im Hagel der Hüllmaschinen in Frankreich und Algerien. Den Hintergrund bilden die wachsende Opposition im Parlament, in der Armee und im ganzen Staatsapparat, der Verfassungskonflikt und die Bauernrevolte.

Die Fortdauer des Algerienkrieges und die damit zusammenhängenden Bürgerkriegsähnlichen Zustände haben alles auf die Spitze getrieben. Wird de Gaulle nun Frankreich von der Algerien-Last befreien und damit die Aufgabe erfüllen, zu der er eigentlich wieder an die Macht gerufen wurde? Oder folgt auch für die Franzosen auf die letzten Jahre der Selbsttäuschung und Vogel Strauss-Politik ein böses Erwachen?

"Kanzlerdämmerung in Bonn"

sp - Die Wochenzeitung des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Bucerius "DIE ZEIT" hat klar erkannt, dass Dr. Adenauer nicht mehr Bundeskanzler sein kann. In einem Artikel unter der Überschrift "Kanzlerdämmerung in Bonn" wird nicht nur festgestellt, dass Adenauer die Wahlkampfstrategie seiner Partei in Verwirrung gebracht hat; es wird auch gesagt,

"dass in der CDU Groll gegen den Parteiführer entstanden ist, ja, dass sich sogar eine Fronde wider Konrad Adenauer gebildet hat."

Weiter heisst es:

"Diese Männer, Überzeugte christliche Demokraten, die mit Ehrfurcht von der Persönlichkeit und hoher Achtung von den Leistungen des Kanzlers sprechen, und die an den Prinzipien seiner Politik nicht zweifeln, wollen die Regierungsgeschäfte nach dem 17. September nicht mehr in die Hände des 85-Jährigen legen. Sie setzen auf Ludwig Erhard."

Was darüber hinaus noch in dem "ZEIT"-Artikel gesagt wird, sind Andeutungen und Überlegungen, die alle in die Feststellung münden: Dieser Kanzler kommt nicht wieder!

Auch ein anderes Blatt, dessen Verbindungen zu politischen Kreisen in Bonn bekannt sind - der "Kölner Stadt-Anzeiger" - schreibt in einem Artikel:

"Nichts charakterisiert schärfer die Verwandlung, die die innenpolitische Szene in der Bundesrepublik seit dem schwarzen Sonntag von Berlin, dem 13. August, erfahren hat, als die Unsicherheit, die plötzlich um den Bundeskanzler entstanden ist. Das ging so weit, dass man gestern in Bonn sogar hören konnte, die CDU/CSU erwäge ernsthaft, ob sie nicht doch vor der Wahl deutlich machen sollte, der nächste Bundeskanzler werde nicht Adenauer heissen."

Wir wollen diesen bezeichnenden Stimmen nicht viel hinzufügen, sondern lediglich feststellen, dass die "ZEIT"-Überschrift "Kanzlerdämmerung in Bonn" den Nagel genau auf den Kopf trifft. Natürlich wird die CDU/CSU auch weiterhin so tun, als sei Dr. Adenauer der Schildträger ihrer Politik. Sie täuscht damit bewusst den Wähler, da ihre Dispositionen für die Wochen und Monate nach der Wahl heute schon in eine ganz andere Richtung gehen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel